Verordnung über die Abfallentsorgung
vom 8. Juni 1995

Abkürzungen

BG = Bundesgesetz

GG = Gemeindegesetz

StPO = Strafprozessordnung

USG = BG über den Umweltschutz vom 7. Oktober 1983

VO = Verordnung

Inhaltsverzeichnis

Artikel		Seite
1	Zuständigkeit	1
2	Grundsätze	1
3	Definition der Abfälle	2
4	Verbotene Entsorgung	2
5	Organisation der Abfahren	3
6	Private Entsorgungseinrichtungen	4
7	Gebühren	4
8	Gebührenberechnung	4
9	Gebührenerhebung	4
10	Publikation	5
11	Beanstandungen	5
12	Rechtsmittel	5
13	Strafbestimmungen	5
14	Schlussbestimmungen	5

Verordnung über die Abfallentsorgung vom 8. Juni 1995

Art. 1 Zuständigkeit

Die Entsorgung des Abfalls ist Sache der politischen Gemeinde.

Für die Organisation der und die Aufsicht über die Abfallentsorgung sowie für den Vollzug dieser Verordnung ist die Gesundheitsbehörde zuständig. Auf Antrag der Gesundheitsbehörde erlässt der Gemeinderat eine Vollziehungsverordnung mit Gebührenregelung.

Als verantwortliche Stelle für die Abfallwirtschaft in der Gemeinde wird das Gesundheitssekretariat bezeichnet. Die Stelle steht Bürgern und Betrieben für Fragen im Zusammenhang mit der Abfallwirtschaft zur Verfügung.

Die Entsorgung von Abfall kann durch Einzelauftrag oder durch öffentliche Submission an Dritte vergeben werden, soweit dies nicht im Widerspruch zu den Verträgen und den Statuten des Zweckverbandes für Kehrrechtverwertung im Bezirk Horgen steht.

Art. 2 Grundsätze

Abfälle sind bewegliche Sachen, deren sich der Besitzer entledigen will oder deren Verwertung, Unschädlichmachung oder Beseitigung im öffentlichen Interesse geboten ist (Art. 7, Abs. 6, BG über den Umweltschutz vom 7. Oktober 1983, USG, DT 825.02).

Eine umweltgerechte Abfallentsorgung im Sinne dieser Verordnung ist für alle Privatpersonen sowie die Gewerbe- und Industriebetriebe obligatorisch.

Die Gemeinde fördert durch geeignete Massnahmen die Vermeidung, Verminderung, Trennung, Sortierung, Verwertung und Behandlung von Abfällen. Neue Erkenntnisse und Entwicklungen sind laufend zu berücksichtigen.

Die Entsorgung aller Abfälle hat gemäss den einschlägigen eidgenössischen und kantonalen Vorschriften zu erfolgen. Die Gesundheitsbehörde kann für gewisse Abfallarten das Entsorgungsverfahren verbindlich vorschreiben.

Die Gesundheitsbehörde kann Verursacher, die grosse Abfallmengen oder Sonderabfälle produzieren, verpflichten, ihren Abfall im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und nach Weisung der Gesundheitsbehörde selbst zu entsorgen. Die Gesundheitsbehörde überwacht diese Selbstentsorgung.

Die Gesundheitsbehörde informiert die Bevölkerung, die Schulen sowie die Gewerbe- und Industriebetriebe über die Bedeutung der Abfallentsorgung sowie über die Möglichkeiten der Abfallverminderung und -vermeidung. Sie veröffentlicht regelmässig eine allgemeinverständliche Abfallstatistik.

Art. 3 Definition der Abfälle

1. Hauskehricht

Als Hauskehricht gelten alle vermischten Abfälle, die in den Haushaltungen regelmässig anfallen.

Dem Hauskehricht gleichgestellt sind Abfälle aus Büro-, Aufenthalts- und Wohnräumen von Geschäfts- und Verwaltungsgebäuden, ferner Abfälle aus Gewerbe-, Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben, soweit sie nicht unter Art. 2, Abs. 5, fallen.

Wiederverwertbare Materialien sind nach Möglichkeit separat zu sammeln.

2. Sperrgut

Als Sperrgut gelten brennbare Abfälle, die sich wegen ihrer Form und Grösse in den für die Abfuhr zulässigen Sammelbehältern nicht unterbringen lassen.

3. Spezielle Sammelgüter

Die Gesundheitsbehörde legt in der Vollziehungsverordnung fest, welche Sammelgüter durch Spezialabfahren und über Sammelstellen entsorgt werden.

4. Sonderabfälle

Sonderabfälle und giftige, radioaktive, explosive oder sonstwie den Verbrennungsbetrieb möglicherweise störende oder stark umweltgefährdende Abfälle sind nach Weisung der Gesundheitsbehörde zu entsorgen, ebenso Schrott, grössere Mengen unbrennbarer oder hygienisch problematischer sowie gewerblicher und industrieller Abfälle.

Art. 4 Verbotene Entsorgung

1. Ablagerungen

Das Ablagern von Abfall auf öffentlichem oder privatem Grund und das Ableiten flüssiger oder das Zuführen fester Abfälle in die Gewässer oder in das Abwassersystem sind verboten. Vorbehalten bleiben die selektive und die geordnete Ablagerung von Abfällen auf den dafür bestimmten Deponien und Einrichtungen.

2. Private Abfallverbrennung

Es ist verboten, nichtpflanzliche Abfälle im Freien auf öffentlichem oder privatem Grund sowie in Öfen und Cheminées zu verbrennen. Davon ausgenommen ist das Verbrennen in bewilligten Anlagen.

Das Verbrennen von natürlichen Wald-, Feld- und Gartenabfällen in bewohnten Gebieten ist verboten.

3. Missbrauch von Einrichtungen

Die missbräuchliche Verwendung von Bauschuttmulden, Sammelstellen, öffentlichen Abfallkästen, Containern usw. ist verboten.

Art. 5 Organisation der Abfahren

1. Hauskehricht

Die Hauskehricht-Abfuhr erfolgt in der Regel ein- oder zweimal wöchentlich. Die Gesundheitsbehörde publiziert die Sammeltage.

2. Sperrgut

Die Sperrgut-Abfuhr erfolgt in der Regel zweimal pro Monat. Die Gesundheitsbehörde publiziert die Sammeltage.

3. Spezialabfahren und Sammelstellen

Die Gesundheitsbehörde ordnet Spezialsammlungen an und richtet Sammelstellen ein. Das Entsorgungsgut ist zu sortieren und artfremdes Zubehör zu entfernen. Stark verschmutztes Entsorgungsgut ist in Spezialabfahren und in Sammelstellen nicht zulässig.

4. Organische Abfälle

Verrottbare Abfälle sind primär im eigenen Garten zu kompostieren. Gartenabfälle werden in einer Grünabfuhr gesondert gesammelt und der Kompostierung zugeführt.

5. Asche und Feuerungsrückstände

Asche und Feuerungsrückstände sind in erkaltetem Zustand in den offiziellen Säcken der Sammelabfuhr für Hauskehricht mitzugeben. Reine Holzasche kann kompostiert werden.

6. Tierkadaver, Metzgerei- und Schlächtereiabfälle

Tierkadaver, Metzgerei- und Schlächtereiabfälle sind von den Sammelabfahren ausgeschlossen. Sie sind einem entsprechenden Wiederverwertungsbetrieb zuzuführen.

7. Abfuhr durch den Verursacher

Gewerbe- und Industriebetriebe sowie grössere öffentliche Betriebe können verpflichtet werden, sämtliche aus ihren Betrieben, Werkstätten und Büros anfallenden Abfälle in eigener Regie zu entsorgen oder durch Dritte entsorgen zu lassen.

8. Bauabfälle

Bauabfälle sind Abfälle, die von Baustellen stammen. Diese sind mindestens in die vier Bereiche "unverschmutzter Aushub", "Bauschutt", "Bausperrgut" und "Sonderabfälle" zu trennen.

9. Rücknahme von Abfällen

Ausgediente Geräte und Möbel und ihre Bestandteile sowie Erzeugnisse aus Metall oder Kunststoff sind nach den Vorgaben der Gemeinde zu sammeln, sofern aufgrund der Gesetzgebung oder spezieller Vereinbarungen keine Rücknahmepflicht für den Handel besteht.

Art. 6 Private Entsorgungseinrichtungen

Die Gesundheitsbehörde ist zuständig für die Genehmigung privater Entsorgungseinrichtungen wie Containerstandorte, andere Sammelplätze und Komposteinrichtungen. Bei Neu- und Umbauten sind im Bauprojekt die notwendigen privaten Entsorgungseinrichtungen vorzusehen.

Für Überbauungen und Einzelgebäude mit mehr als acht Wohneinheiten sowie für alle diejenigen Haushaltungen, Geschäfte, gewerblichen und industriellen Betriebe, deren Kehricht pro Abfuhr 500 Liter übersteigt, kann die Gesundheitsbehörde die Anschaffung von Norm-Containern vorschreiben.

Gewerbe- und Industriebetriebe sowie grössere öffentliche Betriebe sind verpflichtet, ihren Abfall in Norm-Containern bereitzustellen oder die Abfälle geordnet zusammenzubinden.

Art. 7 Gebühren

Die der Gemeinde durch die Abfallentsorgung entstehenden Kosten haben die Verursacher zu übernehmen.

Kosten, die der Gemeinde durch die umweltgerechte Entsorgung von unzulässig entsorgtem Abfall entstehen, sind vollumfänglich vom Verursacher zu übernehmen. Dasselbe gilt für die Behebung von Schäden oder Unfallfolgen.

Art. 8 Gebührenberechnung

Für die Sammlung, Verwertung und Behandlung des Hauskehrichtes und des Sperrgutes werden volumen- oder gewichtsabhängige Gebühren erhoben.

Zusätzlich wird eine pauschale Grundgebühr erhoben. Sie deckt die durch die volumen- oder gewichtsabhängigen Gebühren nicht gedeckten Aufwendungen. Darunter fallen die Kosten für gewisse Separatsammlungen, Information, Beratung, Administration und kantonale Abgaben.

Die Bemessung der pauschalen Grundgebühr erfolgt pro Wohneinheit bzw. Betrieb.

Die Bemessung der pauschalen Grundgebühren werden von der Gesundheitsbehörde periodisch überprüft und auf Antrag vom Gemeinderat festgesetzt. Die volumen- oder gewichtsabhängigen Gebühren werden von der Abgeordnetenversammlung des Zweckverbandes für Kehrichtverwertung im Bezirk Horgen festgelegt.

Aus der Abfallbewirtschaftung entstandene Überschüsse oder Defizite aus Vorjahren werden berücksichtigt.

Art. 9 Gebührenerhebung

Die Pauschalgebühren werden einmal pro Jahr erhoben und sind von demjenigen für das ganze Jahr zu bezahlen, der im Zeitpunkt der Rechnungsstellung Eigentümer der Liegenschaft, resp. bei Gewerbe- und Industriebetrieben Eigentümer oder Mieter der Liegenschaft oder eines Teils derselben ist.

Art. 10 Publikation

Der Erlass der Vollziehungsverordnung sowie Änderungen an derselben sind mit Rechtsmittelbelehrung amtlich zu publizieren.

Art. 11 Beanstandungen

Beanstandungen über die Durchführung der Kehrrichtentsorgung sowie Beschwerden gegen das Abfuhrpersonal sind schriftlich an die Gesundheitsbehörde zu richten.

Art. 12 Rechtsmittel

Gegen Beschlüsse des Gemeinderates oder der Gesundheitsbehörde, gestützt auf diese Verordnung oder die dazugehörige Vollziehungsverordnung, kann innert 20 Tagen, von der Mitteilung, resp. der Publikation an gerechnet, beim Bezirksrat Horgen, 8810 Horgen, schriftlich Rekurs erhoben werden. Der Rekurs hat einen Antrag und dessen Begründung zu enthalten.

Art. 13 Strafbestimmungen

Bei Übertretung oder Nichtbeachtung dieser Verordnung und der dazugehörigen Vollziehungsverordnung kann die Gesundheitsbehörde Bussen im Rahmen der Strafprozessordnung ausfällen oder die Fehlbaren beim Statthalteramt Horgen, resp. bei der Bezirksanwaltschaft verzeigen.

Art. 14 Schlussbestimmungen

Diese Verordnung wurde von der Gemeindeversammlung am 8. Juni 1995 genehmigt. Sie ersetzt die Verordnung über die Abfallentsorgung der Gemeinde Langnau am Albis vom 14. Dezember 1989. Vorbehältlich der Genehmigung durch die Direktion der öffentlichen Bauten des Kantons Zürich wird der Gemeinderat die Verordnung auf den 1. Januar 1996 in Kraft setzen. Allfällige Änderungen aus dem Genehmigungsverfahren oder aufgrund von Gesetzesänderungen kann der Gemeinderat in eigener Kompetenz beschliessen.

Gemeinderat Langnau am Albis

Thomas Meyer
Präsident

Beat Gähwiler
Schreiber

Langnau am Albis, 8. Juni 1995

Von der Direktion der öffentlichen Bauten des Kantons Zürich mit Verfügung Nr. 2528 vom 31. Oktober 1995 genehmigt.